

Antrag

der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU

Zukünftige Kernenergie-Politik Ausbau der Kernenergie

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms klare Aussagen und Entscheidungen zugunsten des weiteren Ausbaus der Kernenergie unter voller Berücksichtigung von Sicherheit, Umweltschutz und Entsorgung zu treffen, so wie sie im Votum der Abgeordneten Gerlach (Obernau), Gerstein, Dr. Stavenhagen im Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ enthalten sind und wie sie auch in Übereinstimmung mit mehrfachen Erklärungen des Bundeskanzlers stehen.

Bonn, den 14. Mai 1981

Dr. Riesenhuber
Gerstein
Dr. Stavenhagen
Kraus
Engelsberger
Lenzer
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Bugl
Dr. Laufs
Pfeifer
Magin
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die kritische energiepolitische Situation erfordert jetzt klare Entscheidungen. Es besteht die Gefahr, daß durch Einsetzung einer neuen Enquete-Kommission die notwendigen Entscheidungen weiter hinausgeschoben werden. Dadurch werden der erforderliche weitere Ausbau der Kernenergie und der Weiterbau der fortgeschrittenen Reaktorlinien gefährdet.

Die von der Bundesregierung angestrebten Ziele einer Politik „Weg vom Öl“, die notwendige Entlastung der Leistungsbilanz und eine ausreichende preiswerte Energieversorgung werden durch den Aufschub der Entscheidungen verhindert. Die Empfehlungen der Mehrheit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ des 8. Deutschen Bundestages, wonach eine Entscheidung für den weiteren Ausbau der Kernenergie erst 1990 getroffen werden soll und ein Ausstieg aus der Kernenergie für möglich gehalten wird, stehen einer eindeutigen, den Erfordernissen gerecht werdenden Energiepolitik entgegen.

Die dadurch geschaffene Unsicherheit über die zukünftige Kernenergiepolitik der Bundesrepublik Deutschland gefährdet darüber hinaus im Zusammenhang mit den Haushaltsschwierigkeiten aus finanziellen Gründen den Weiterbau der fortgeschrittenen Reaktorlinien.

Die deutschen Standards zur Sicherheit und zum Umweltschutz und die gültigen Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke gewährleisten den erforderlichen Schutz der Bevölkerung und der Umwelt.